

## Eltern, Lehrer und Schüler gegen Bildungsabbau

Im vergangenen Jahr entwickelte sich die Diskussion über Mißstände im deutschen Schul- und Bildungswesen zu einem Hauptthema der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit. Angebliche oder tatsächliche Leistungsdefizite deutscher Schüler und die neu „entdeckte“ Bedeutung schulischer und universitärer Qualifikationen für den Wettbewerbsvorteil des Standortes Deutschland veranlaßten sogar den Bundespräsidenten, sich des Themas anzunehmen.

Als dann Ende des Jahres 1997 SchülerInnen und StudentInnen auf die Straße gingen, um gegen die Bildungsmisere zu demonstrieren und zu streiken, wurde ihnen von allen Seiten öffentliche Zustimmung und die Unterstützung der PolitikerInnen aller Parteien signalisiert. Außer dem unverbindlichen Schulterklopfen gab es aber wenig Greifbares, und allenthalben wurde nach den Protesten festgestellt, daß Verbesserungen ohne Mehrkosten für den Staat erreicht werden müßten, denn dieser soll ja eben wegen der internationalen Konkurrenzfähigkeit „verschlankt“ werden.

### Mangel als Mittel zur Qualitätsverbesserung?

Die rot-grüne Hessische Landesregierung bemüht sich bereits seit einigen Jahren, in dieser Hinsicht für Deutschland eine Vorreiterrolle zu spielen. Für den Lehrerbereich wurde im Auftrag

des Kultusministeriums noch 1994 ein dramatisches Ansteigen des Stellenbedarfs bis zum Jahr 2006/7 ermittelt, gemessen am Bedarf des Schuljahres 1997/98 würden 12.648 LehrerInnen mehr benötigt. Weil aber angeblich kein Geld für die Bildung da sei und der Kultusminister Holzapfel den Mangel als Mittel zur Qualitätsverbesserung entdeckte, wurde die Zahl der im Landesdienst beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer nicht erhöht, sondern sogar noch gesenkt, und zwar um etwas mehr als 1000 Planstellen in der laufenden

Legislaturperiode. Die aktuellen Probleme in den Schulen sollten durch die sogenannte „Binnenoptimierung“ und durch das Nutzen von „Synergieeffekten“ gelöst werden. In der Schulwirklichkeit bedeutete dies dann, daß die Stundentafeln gekürzt wurden und darüber hinaus noch mehr Unterricht ausfiel, die Klassen immer größer wurden. Mehr als dreißig Kinder sind in den Klassen weiterführender Schulen keine Seltenheit mehr. Weiter wurde die Arbeitszeit insbesondere älterer Leh-

(Fortsetzung nächste Seite)



*Demonstration vor der Bertha-von-Suttner-Schule. Viele Lehrer und Eltern sind sauer über die Bildungspolitik. Im Schulamtsbezirk Groß-Gerau/Main-Taunus soll es nach den Sommerferien 850 Schüler mehr geben. An der hiesigen Gesamtschule allein hundert. Gleichzeitig sollen im Schulamtsbezirk 50 Lehrerstellen eingespart werden. Auf dem Schild: „Wir wollen: mehr Lehrer, mehr Stunden, mehr Klassen, mehr Geld - für eine bessere Schule!“*

(Fortsetzung von Seite 1)

rerinnen und Lehrer erhöht und das obwohl jeder weiß, daß Arbeitslosigkeit nur durch Arbeitszeitverkürzung bekämpft werden kann. Hessische Schulpolitik ist heute „vom Feinsten“, ein FDP-Kultusminister könnte es nicht schlimmer machen.

### Massive Elternproteste

Im kommenden Schuljahr stehen weitere dramatische Verschlechterungen ins Haus und so ist es nicht verwunderlich, daß die Proteste gegen die verfehlte Bildungspolitik nicht abreißen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) veranstaltete Ende Juni unter dem Motto „Es geht - Um-Steuern!“ eine Aktionswoche, in der deutlich darauf hingewiesen wurde, daß es für die reiche Bundesrepublik ein Skandal ist, das Bildungswesen derart verkommen zu lassen. Während Schweden und Finnland je 6,6 Prozent und Dänemark 6,3 Prozent des Bruttosozialproduktes für Bildungsausgaben verwenden, gibt Deutschland nur 4,5 Prozent seines Bruttosozialproduktes für Bildungszwecke aus. Ein anderer Aspekt: Seit 1980 haben sich die privaten Geldvermögen verdreifacht, und die Staatsverschuldung verfünffachte sich im gleichen Zeitraum. Bereits diese beiden Vergleiche zeigen, daß in Deutschland Geld genug da ist, um ein Bildungssystem zu finanzieren, das sich zunächst einmal an den Bedürfnissen von Kindern Jugendlichen und Eltern orientiert und das Bildung nicht nur auf Qualifikation für den Arbeitsmarkt reduziert. Das Geld ist nur falsch verteilt, es ist nicht dort, wo es gebraucht wird.

Diese Sachverhalte werden immer deutlicher, und so war bei der Diskussionsveranstaltung der GEW am 24. Juni im Mörfelder Bürgerhaus auch die Kluft zwischen den Landtagsabgeordneten von SPD, CDU und Bündnis 90/ Die Grünen und den anwesenden Lehrerinnen und Lehrern und Eltern offensichtlich: Die Kritiker und Kritikerinnen der bestehenden Verhältnisse bekamen heftigen Applaus, während die Landtagsabgeordneten auf dem Podium nicht politisch, sondern nur ökonomisch argumentierten. Es kristallisierte sich zwar heraus, daß irgendwie mit der Neueinstellung von ca. 2000 LehrerInnen zu rechnen sei, angesichts des bestehenden Lehrermangels ist dies aber nur ein Tropfen auf den hei-

Ben Stein. Deutlich wurde, daß vor allem die Eltern nicht mehr bereit sind, sich mit dem bestehenden Zustand abzufinden. Die Elterninitiative für bessere Bildung hat bereits angekündigt, nach dem landesweiten Aktionstag am 3. Juli ihre Aktionen insbesondere in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes fortzusetzen. Auf möglichst vielen Veranstaltungen sollen die Parteien mit der Forderung nach mehr Geld für die Bildung konfrontiert werden. Wir sind gespannt, was sie sagen.



## Unternehmen klauen Arbeitsplätze

Der niedersächsische Automobilkonzern VW, hat zwischen 1991 und 1996 rund 20.000 Arbeitsplätze abgebaut. Sein Aktienkurs verdoppelte sich. Das Unternehmen hat Arbeitsplätze vernichtet, um seine Börsennotierung zu verbessern und seinen AktionärInnen einen warmen Dividendensegen zu verschaffen. Der Chemiemulti BASF vernichtete zwischen 1990 und 1996 über 28.000 Arbeitsplätze. Sein Aktienkurs stieg um 98%. Daimler Benz schickte 87.000 Menschen in die Wüste, die Aktien wuchsen um 75%. Der Stahlkonzern Thyssen baute 26.000 Arbeitsplätze ab, der Aktienkurs kletterte um 29%. Insgesamt eliminierten die bundesdeutschen Unternehmen zwischen 1991 und 1996 2,3 Millionen Arbeitsplätze, gleichzeitig stieg der „Dax“, um 247%.

## Rote Karte für den schwarzen Hugo

Eigentlich war es ja ein ganz normaler Antrag, den die Fraktion der DKP/OL im Stadtparlament einbrachte. Eine „Initiative gegen Neonazis“.

Fast selbstverständlich: SPD, Grüne und DKP/OL beschlossenen eine Resolution, in der es u.a. heißt: „Zum ersten Mal nach 1945 wollen Neonazis das Bürgerhaus benutzen. Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt diesen Vorgang, sie wird alles tun, damit die neuen Nazis in unserer Stadt keinen Boden gewinnen.“

Wir sagen: 1933 darf sich nicht wiederholen! Aber wir sehen auch: „... der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“. In dieser Situation muß man sich bekennen. Vor allem die, die sich erinnern können, was gestern geschah, sollten Zivilcourage zeigen.

Wir wollen keine Entwicklung wie in Vitrolles. Wir meinen, man muß sich entschieden wehren und unterstützen außerparlamentarische Aktionen gegen die neuen Nazis!

Dazu gehört auch die Behinderung einer menschenverachtenden Politik, die Fremdenhaß und Rassismus propagiert.“

Kaum war der Antrag in der Debatte, war auch schon der CDU-Fraktionssprecher Hugo Jung am Pult.

Wie ein Hintze schlägt er auf alles, was ihm da links vorkommt. „Die Radikalinskis der DKP“, immer auf Unterwanderung bedacht, die „gemeinsame Tradition der Sozialdemokraten und Kommunisten“ und dann, „die Reps sollen nicht rein, aber der Gysi darf vor vollem Saal unter rauschendem Beifall auftreten.“

Zu diesen Auftritt könnte man Härteres formulieren, belassen wir es in der „Fußballzeit“ mit: „Die rote Karte für Hugo Jung!“



## Ausbaubefürworter gehen in die Offensive

Jetzt wird es deutlich: Die Ausbaubefürworter gehen in die Offensive.

Jeden Tag ein Flughafenartikel in der Presse, Dr. Bender selbst und alle seine Hilfsarbeiter, die Beckers und Schölchs melden sich zu Wort. Manchmal wird auch gejammert - so Wilhelm Bender auf der Vorstandspressekonferenz: „Die Bäume wachsen nicht in den Himmel“. („traveltribune“, 11.6.98). Kein Wunder, die hacken sie ja vorher ab!

Besonders pikant, wenn sich Volker Zintel, jetzt FAG-Vorstandsbeauftragter, zu Wort meldet und das Umland besänftigen will. Bei Auseinandersetzung um die Startbahn-West hat er am 31. Januar 1982 als Polizei-Einsatzleiter „der seinen Namen nicht nennen will“, den damaligen „Umweltpfarrer“ Kurt Oeser in Walldorf „abgreifen“ lassen und so versucht, die Ruhe herzustellen.

In der Presse auch zu lesen: „CDU propagiert dritte Landebahn“. Gut, daß es jetzt alle wissen!

Bei allen Diskussionen ist „Mediation“ das Zauberwort, mit dem man wachsenden Widerstand psychologisch aushebeln will. Sozialdemokraten, Grüne, FDP-Leute und die DGB-Spitze fordern sie. Natürlich auch Dr. Wilhelm Bender, Vorstandsvorsitzender der FAG. Er begrüßt das Verfahren - es sei zwar langwierig, aber „die Zeit sei nötig, um eine Grundakzeptanz in der Region herzustellen.“ Und - was soll die Region von Grund auf akzeptieren? Das sagt er auch: „Wir brauchen ... den mehrheitlichen Konsens mit dem Umland zu einer ... neuen Landebahn“. „Das erfordert Kompromißbereitschaft auf allen Seiten“, so Bender.

Eigentlich müßte es jetzt jeder merken, man will uns für dumm verkaufen.

In der Mediationsrunde sollen „Ausbaugegner“ und „Ausbaubefürworter“ eine begrenzte Zeit diskutieren. Worüber? Nicht darüber, „ob“ die Erweiterung erfolgt, sondern darüber, „wie“ sie erfolgt.

Es steht ja halt mal wieder eine Landtagswahl ins Haus. Also raus mit dem

Thema aus dem Wahlkampf und hinein in die Mediationsrunde. So hat man sich das ausgedacht.

Wir haben heute 392.000 Flugbewegungen im Jahr, Dr. Bender sagt (auch ohne neue Startbahn) 430.000 für das Jahr 2003 voraus. Welcher Politiker, der jetzt gerade für diverse Wahlen als Kandidat aufgestellt wurde, sagt: „Nein! Die Region verträgt diese Steigerung nicht!“?

Natürlich ist es so, in Bonn wie in Wiesbaden, die Wirtschaft diktiert, die Politik führt aus.

Aber, soll man resignieren, alles hinnehmen, immer mehr Flieger bei Tag und Nacht, immer mehr Krach und Dreck, wieder eine neue Bahn in den Wald?

Oder soll man aktiv werden? Die Frage muß sich jeder selbst stellen.

Wer an die Zukunft von Kindern und Enkelkindern denkt, dem sollte die Entscheidung leicht fallen.

## Gemeinsam gegen Flughafenerweiterung

Die Stadtverordnetenversammlung hat gegen die CDU einen DKP/OL-Antrag beschlossen, der vorsieht, daß der Magistrat der Stadt Mörfelden-Walldorf mit anderen Anliegerkommunen des Flughafens Kontakt aufnimmt, um ein gemeinsames Vorgehen gegen die Flughafenerweiterung zu erreichen.

In der Antragsbegründung heißt es: „Die Planungen für den Flughafen-Ausbau werden immer konkreter. Es ist zu befürchten, daß nach der Landtagswahl der Druck auf die Landes- und Kommunalpolitik stärker wird.

Neben den Bürgerinitiativen, die sich gegen den Ausbau wenden, sollten unbedingt auch die Anliegerkommunen Aufklärung und Mobilisierung des Flughafenumlandes betreiben.“

## CDU propagiert dritte Landebahn

### Eichel sei „gescheitert“ / FDP fordert rasche Entscheidung

**Die hessische CDU hat sich erstmals öffentlich für den Bau einer weiteren Landebahn am Frankfurter Flughafen auch außerhalb der derzeitigen Flughafengrenzen ausgesprochen. Zugleich warf die Union Ministerpräsident Eichel vor, mit seiner Strategie zum Flughafenausbau gescheitert zu sein.**

der Rhein-Main-Region zur führenden europäischen Wirtschaftsregion. „Der Flughafen muß die Job-Maschine der Region bleiben, hier können viele tausend weitere Arbeitsplätze entstehen“, sagte Koch.

Der CDU-Spitzenmann warf Ministerpräsident Eichel vor, mit seiner Konzeption zum Airport-Ausbau bereits nach we-

*Zeitungsausschnitt: FR 18-6-98*

## Beschwerden

Der Fluglärmbbeauftragte Brunier erklärte, daß die Zahl der Beschwerden - schriftlich und telefonisch - um 160% zunahmen. Laut Aufzeichnung der Lärmmessung hätte aber eine Steigerung des Lärmpegels nicht stattgefunden. Sommerzeit, Gartenzeit, Balkonzeit und nachts das Fenster auf, da werden sie doch ganz anders wahrgenommen, die Brummer über unseren Köpfen. Außerdem, die Leute sind wegen der bevorstehenden Flughafenerweiterung sensibler geworden. Sie werden aufmerksamer und beginnen zu ahnen, was da auf sie zukommt. Der Widerstand beginnt langsam zu wachsen. Laut Aussage des FAG-Beauftragten H. Becker erreicht die Zahl der Flugbewegungen in diesem Jahr 400.000. Die Prognose für 2004 ist 440.000. 1998 liegt die Kapazität der Flugbewegungen stündlich bei 76, im Jahr 2000 sollen über 80 erreicht werden. Das ergäbe eine Kapazität von 460.000 Flugbewegungen. Bleibt die Frage, hinnehmen oder protestieren?

# Züblin antwortet nicht

Drei junge Mitglieder der DKP hatten vor Jahren ein total vergessenes und verdrängtes KZ-Außenlager im Wald nördlich von Walldorf entdeckt und darüber viel veröffentlicht.

Auf Antrag der DKP-Fraktion im Stadtparlament gibt es dort einen Gedenkstein, das ehemalige Lager ist Thema von Schulklassen, die Überlebende suchen, bei der Baufirma Züblin für Opferentschädigung kämpfen, den Wald säubern, damit demnächst von der Stadt ein Lehrpfad eingerichtet werden kann.

Im Jahre 1944 waren im KZ Außenlager Walldorf 1700 ungarische Jüdinnen interniert, um für Züblin am Flughafen zu schufteten. Die Arbeit ging von 6 bis 18 Uhr. Züblin bezahlte 4,- Reichsmark pro Tag und Arbeitskraft und übernahm eine „Mindestversorgung“.

Im Sommer des vergangenen Jahres reisten Schülerinnen und Schüler der Bertha-von-Suttner-Schule, die an der Erforschung des KZ-Außenlagers beteiligt sind, nach Ungarn und treffen sich dabei auch mit einer ehemaligen Insassin des Lagers.

Zu einem Dokumentationsabend laden die Schüler anschließend auch einen Vertreter von Züblin ein. Niemand kam.

Als im Januar 1998 die Schülerinnen

und Schüler der 13. Klasse der Bertha-von-Suttner-Schule bei Züblin wieder wegen einer Entschädigung für die wenigen Überlebenden anfragten, kam es knallhart: „Die Geschäftsleitung hat festgelegt, daß dazu keine Stellungnahme abgegeben wird“. Im übrigen sei man jetzt „bis Ende April/Anfang Mai mit der Abfassung der Geschäftsberichte befaßt“.

Das Stadtparlament von Mörfelden-Walldorf unterstützte nun mit einem Brief das Anliegen der Schülerinnen und Schüler.

Doch auch nach Monaten hat Züblin, mit weltweit 14.000 Beschäftigten kein kleiner Konzern, noch nicht auf das Schreiben der Parlamentarier geantwortet.

Nun wollte die örtliche Presse, wissen, wie es weitergeht und wurde bei Züblin nach Strich und Faden abgebürstet. Antwort: „Wir geben zum KZ Walldorf keinen Kommentar ab“ und „Der Vorstand ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht bereit, eine Stellungnahme abzugeben“.

Es ist immer dasselbe. Große Firmen, Adler, Opel, Züblin und viele, viele andere haben im Krieg Sklavenarbeiter beschäftigt, Menschen aus den Konzentrationslagern erhalten, die ausgebeutet wurden bis zum Tode. Diese Firmen gehörten zu den Gruppen, die im Krieg am massenhaften Sterben verdienten. Wenn mal nach 1945 in

irgendeiner Weise eine Entschädigung, meist aus der Portokasse, bezahlt wurde, geschah es unter großem Druck von außen.

Was soll man dazu sagen?

Das Züblin-Verhalten ist eine Frechheit, eine Schande und ein Lehrstück. Dahinter steckt die brutale Arroganz eines Konzerns der wie viele andere Firmen zu den Kriegsgewinnlern des Zweiten Weltkrieges gehörte.

Die Schulabgänger haben jetzt anlässlich ihrer Abiturfeier nochmals an Züblin geschrieben. In ihrem Brief heißt es unter anderem: „Schade, daß sich in Zeiten großer unternehmerischer Erfolge für Sie keine Zeit gefunden hat, über die Opfer, die auch Ihre Firma zu verantworten hat, nachzudenken. Wir haben diese Reaktion des Aussitzens als ein Lehrstück moderner Unternehmensethik empfunden. Ist das die Art der Firma Züblin, mit den Fragen der Jugend und den Opfern des Nationalsozialismus umzugehen?“

**Die Fluglärm-Beschwerde-Nummer:**

**(069) 690-22001**



**Am 27. September ist Bundestagswahl**

**Kohl muß weg**

**eine andere Politik muß her**

den 31. 8. 1944

**KL. Natzweiler Arbeitseinsatz**

Häftlingskommando für: Arbeitslager "Flughafen"  
Frankfurt/Main

Genehmigungsnummer: 29.8.44 30.8.44 31.8.44

**Gesamtstärke:** 1700 1700 1700

Posten: \_\_\_\_\_

Häftlingsfacharbeiter: - - -  
(Erläuterung umstehend)

Häftlingshilfsarbeiter: 1700 1700 1700

Häftlingslehrlinge: \_\_\_\_\_

Arbeitsbeginn: 6.00 ✓ 6.00 ✓ 6.00 ✓

Arbeitsschluss: 18.00 ✓ 18.00 ✓ 18.00 ✓

Arbeitspausen: von 12.00 bis 13.00

F. d. R. Nitzsch  
# Oberscharführer  
Arbeitseinsatzführer

**ED. ZÜBLIN & Cie., A.-G.**  
Zweigstelle Frankfurt a.M.  
Bausitzte Alfred  
Leiter der Außenstelle  
Betriebsführer, Bauführer.

ANN TENGELMANN TENGELMANN TENGELMANN

# Preissenkung bei Tengelmann

Große Wiedereröffnung am 6. 7. 98, 12 Uhr.

## Tengelmann

Trotz des auch in Mörfelden verteilten Prospekts mit dem Titel „Große Preissenkung bei Tengelmann, Wiedereröffnung am 6. Juli 98, 12.00 Uhr“, gingen bei der Mörfelder Filiale am Rathausplatz die Rolläden endgültig am 1. Juli herunter. Die Wurfsendung war für andere Standorte bestimmt. Nach wie vor ist unklar, was oder wer in die ehemaligen Verkaufsräume einzieht. Für Bürger der Innenstadt, ältere Einwohner, die noch zu Fuß einkaufen, oder andere, die kein Auto haben bzw. im Innenstadtbereich einfach nicht benutzen und gerne mit dem Fahrrad einkaufen wollen, ist die Schließung dieses Lebensmittelmarktes bitter. Hinzu kommt, daß auch Aldi in der Langerer Straße demnächst seine Pforten schließt, um in die Opelstraße umzuziehen. Der Konkurrenzkampf und die Überlegung der großen Lebensmittelketten, wie und wo kann ich den meisten Umsatz, sprich die dicksten Gewinne machen, spielt hier die übergeordnete Rolle. Von den Firmen kommen die Argumente: „Zu kleine Verkaufsflächen und Lagerräume für ein Vollsortiment, zu wenig Parkplätze und schlechte Anfahrmöglichkeiten für die Warenanlieferung.“ Diese Wünsche sind in Innenstädten sehr schwer erfüllbar. Die Leidtragenden sind die betroffenen Bürger und das Verkaufspersonal, auf das noch mehr Druck ausgeübt wird. Die Innenstädte veröden und verarmen. Das Gespräch beim Einkauf mit dem Fahrrad oder zu Fuß, entfällt. Noch mehr wird mit dem Auto zu den Großmärkten außerhalb oder am Stadtrand gefahren, wo das eine oder andere gleich mitgebracht wird, was sich am Umsatz der am Ort verbleibenden Geschäfte bemerkbar macht. Oft werden außerdem noch die Kommunen von den Firmen unter Druck gesetzt. Motto: „Wir bleiben nur, wenn wir ein Grundstück außerhalb erhalten (s.Aldi, Mörfelden) sonst ziehen wir unseren Betrieb ab und die Gewerbesteuer geht euch verloren.“ HH

## Nur eine Kleinigkeit

Es stimmt schon, das Bürgerhaus liegt uns am Herzen. Seit den Zeiten des alten Volkshauses sind die Linken der Stadt mit dem Haus verbunden. Nun ist es in die Jahre gekommen, das ehemalige Vorzeigestück der Kommune. Manchmal regnet's rein, der Eingangsbereich ist desolat, die Kegelbahn müßte renoviert werden, die Stühle der Gaststätte sind verschlissen und so weiter . . . Das hat natürlich Auswirkungen, es bleiben auch Leute weg. So gab es 15 Jahre lang eine wöchentliche Ingenieursschulung, sie blieben auf einmal weg die Ingenieure, schrieben aber der Stadt ihre Gründe auf. Nun, Stadtrat Vorndran wußte nichts davon, und die SPD-Fraktion hält ihrem Brehl die Stange. Vor vielen Jahren (damals hatte die Stadt noch mehr Geld) wurde eine DKP-Antrag im Parlament angenommen, der Renovierungskonzepte forderte. Immer mal wieder wird nachgefragt. Sie liegt in Brehls Schublade, wurde beschieden. Ärgerlich, was jahrelang aufgeschoben wurde wird halt teurer. Nun dachte die DKP/OL-Fraktion, sollte man wenigstens mal die 56 Stühle in der Gaststätte neu beziehen lassen. Nein, sagten da die CDU und die SPD. „Kein Geld“ sagt Vorndran. Kopfschütteln auf der linken Seite des Stadtparlaments.

Jede Mark  
hilft dem  
»blickpunkt«!

Unser Konto:  
Kreissparkasse  
Groß-Gerau  
Konto-Nr. 9003419,  
BLZ 50852553

## Beerdigungskosten im voraus bezahlen?

In Frankfurt wurden an die älteren Bürger Schreiben verschickt, mit der Bitte um Überweisung teils vierstelliger Beträge als Vorauszahlung für ihre künftige Beerdigung. Wenn es auch das städtische Amt für Pietät war, so ist es doch im wahrsten Sinne pietätlos, ja eine Unverschämtheit. Wochen später entschuldigte sich der zuständige Dezernent Tom Koenigs (Grüne) - nicht für den Inhalt - sondern für die „unglückliche Formulierung“. „Das Kassen- und Steueramt der Stadt fungiere lediglich als Treuhänder für das hinterlegte Geld“. Die Stadt habe auf das Problem aufmerksam machen wollen, daß die Krankenkassen die Leistungen für Beerdigungen gekürzt hätten. Häufig reichten die Beträge nicht mehr aus um die Bestattungen zu bezahlen. Deshalb liebe Bürger - im voraus lohnen wer unter die Erde will. So reagieren Bürgermeister, Stadträte und Dezernenten, ganz egal, ob sie das Parteibuch der SPD, der Grünen oder der CDU in ihrer Tasche haben, wenn die Haushaltskasse der Städte und Gemeinden immer mehr schrumpft. Anstatt den Bürgern zu sagen von wo die Finanznot kommt und wo das Geld im Übermaß vorhanden ist (Beispiel: astronomische Aktien-Gewinne), schreiben sie Abzockerbriefe. HH

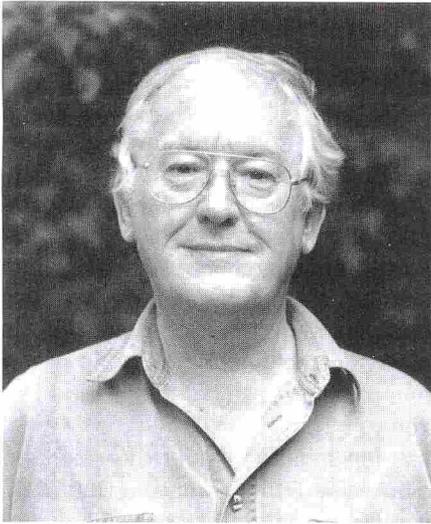
Der „blickpunkt“  
freut sich immer auf  
Leserbriefe

**Bertram  
Rühl**



Garten- und Anlagenpflege  
Holz- und Bautenschutz  
Hausmeister-Service

**64546 Mörfelden-Walldorf  
Hochstraße 6  
Telefon/Fax 06105/24980  
(Telefon ab 17 Uhr)**



## Rudi Hechler Kandidat der PDS

Am 17. Juni wählte die PDS-Kreisorganisation Rudi Hechler aus Mörfelden-Walldorf zu ihrem Direktkandidat für den Wahlkreis 141.

Rudi Hechler, Mitglied der DKP, wurde von der PDS gebeten, für die Bundestagswahl zu kandidieren, weil es bei dieser Wahl besonders wichtig ist, linke Stimmen zu sammeln und zu bündeln.

Hechler, ein bekannter Linker im Kreis Groß-Gerau, ist seit vielen Jahren in der Kommunalpolitik und in Bürgerbewegungen aktiv.

Es ist Ziel der PDS bei dieser Wahl die 5%-Hürde zu nehmen und mit Fraktionsstärke nach dem 27. September in den Bundestag einzuziehen.

Rudi Hechler benannte nach seiner Wahl Themen, die aufgegriffen werden müssen:

*„Man muß alles tun, um den Flughafen in seine Schranken zu verweisen, man muß die neuen Nazis bekämpfen, man muß dem Sozialabbau auf allen Ebenen entgegentreten und der Arbeitslosigkeit entschieden den Kampf ansagen.“*

Er meinte weiter: *„Man muß, um politisch aktiv zu sein, nicht nur im Bundestag sitzen. Außerparlamentarisch muß in vielen Bereichen Druck entwickelt werden. Es darf nicht nur heißen, Kohl muß weg, sondern auch, eine andere Politik muß her. Wenn Kohl nur durch Schröder ersetzt wird, ändert sich nichts im Land.“*

*Es ist deshalb besonders wichtig, daß links neben der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen die PDS im Bundestag wirkt.“*

## Strenge Auflagen und große Brocken

Trotz Sparbemühungen vergrößert sich das Minus auf den städtischen Konten unaufhaltsam. Aus dem Vorjahr schiebt die Stadt einen Fehlbetrag von 3,5 Millionen Mark vor sich her.

Zunächst war für 1998 mit einem weiteren Fehlbetrag von 2,7 Millionen Mark gerechnet worden. Wegen neuer Einbrüche bei der Gewerbesteuer könnte das Finanzloch noch weiter aufreißen: Statt erwarteter 19,35 Millionen Mark werden vermutlich nur 13,4 Millionen eingehen. Die Realität: 11 Millionen Mark Miese im Stadtsäckel.

Wieder einmal wird deutlich, daß die Gewerbegebiete durchaus ihre Risiken haben. Einerseits muß die Stadt in die Infrastruktur investieren, andererseits haben die niedergelassenen „Großen“ viele Steuerschlupflöcher.

Angesichts der Finanzsituation segnete der Landrat die Haushaltssatzung 1998 der Stadt nur unter strengen Auflagen ab. Die Stadt müsse ihre Sparbemühungen in Form eines Konsolidierungsprogramms dringend fort-schreiben.

Er verfügte, Gebühren und Beiträge anzuheben, um eine Kostendeckung zu erzielen.

Der Kämmerer Vorndran verfügte darauf eine zehnpromtente Haushalts-sperre, die 1.012.280 Mark einsparen soll.

Gleichzeitig moserte Vorndran mit den Parlamentariern: Bereits in der Debatte zum Haushalt 1998 sei das Parlament seinem Vorschlag nach *sozial-verträglichen Gebührenerhebungen* nicht gefolgt. Als ob es „sozialverträgliche Gebührenerhöhungen“ bei uns gäbe.



*Falsch ist er nicht, der Spruch in der „Öffentlichen Bedürfnisanstalt“.*

Dann meinte er noch: „Die bislang anvisierte Konsolidierung in kleinen Schritten fruchtet nichts, nun muß es auch an die großen Brocken gehen“.

Große Brocken? Da wären wir auch dafür, nur da muß woanders angesetzt werden.

Beispiele: Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind von 1980 bis 1994 dreimal so schnell gestiegen wie die Löhne und Gehälter. Der Anteil der Unternehmersteuern am Gesamtsteueraufkommen ist im gleichen Zeitraum von 23,6 auf 11,3 Prozent gesunken. Die Unternehmer sparen so jährlich 100 Milliarden DM. Durch den weitgehenden Verzicht auf die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen aus Immobilienverkäufen werden den Immobilienhaien jährlich mindestens 25 Milliarden DM geschenkt. Der Kauf von Brot, Milch, Bier und Kühlschränken ist mit einer indirekten Steuer belegt, nicht aber der Kauf von Devisen, Aktien und Finanzanlagen. Seit 1989, so schätzen Experten, ist die Daimler-Benz/Dasa mit 40 Milliarden DM aus dem Steuersäckel hochgepäppelt worden, Siemens bekam die modernste Chip-Fabrik der Welt praktisch vom Steuerzahler geschenkt. Zehn Prozent der Haushalte in Deutschland besitzen 50 Prozent des Geldvermögens. Der Anschluß der DDR und die Währungsunion nach Banker-Art brachte den Großbanken mindestens 200 Milliarden DM, die der Staat per Solidaritätszuschlag auf die Arbeiter und Angestellten abgewälzt hat.

Geld ist in unserem reichen Land genug da. Bei den Finanzhaien, den Spekulanten, den Millionären und Milliardenären.

Nach wie vor gilt: Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben!

RH

Wochenzeitung der DKP



Probexemplare bei der  
„blickpunkt“-Redaktion

## Spare in der Not, dann hast du Zeit!

Das umgedrehte Sprichwort drückt die Situation aus. In der Finanznot soll die Kommune sparen, damit sie in Zukunft sich wieder mehr leisten kann. Das ist aber wohl ein frommer Wunsch, daß sich die Anspanntheit im Stadtsäckel entkrampft. Jahr für Jahr wird es schlechter um die Gemeindefinanzen. Der Stadthaushalt für 1998 ist wegen des Defizits mit stengen Auflagen des Landrats genehmigt worden. Der Gehorsam der Stadt drückt sich in der 10%igen Ausgabensperre aus. Diese betrifft auch die Zuwendungen an die Vereine. Die Beiträge für Unterhaltung und Neuananschaffungen werden um 10% geringer ausfallen. Damit ist das Recht aus den Vereinsbeziehungsrichtlinien zwar nicht formell aber praktisch außer Kraft gesetzt. In den Verlautbarungen einiger politisch tätiger Vereinsvertreter war zu hören, daß dies nur vorübergehender Natur sei. Dem ist zu widersprechen. Es wird nicht besser mit den Finanzen der öffentlichen Hand, solange in Bonn und Wiesbaden keine andere Politik gemacht wird. Bei Sozialarbeit, und dazu zählt auch Vereinsarbeit, darf nicht gespart werden. Die 10%ige Kürzung ist möglicherweise für einige Vereine noch zu verkraften, doch es ist erst der Anfang! R. D.

**Am 27. September ist  
Bundestagswahl  
Kohl muß weg  
eine andere Politik  
muß her**

## Vier Golfplätze im Kreis Groß-Gerau?

Außer dem bereits realisierten Golfplatz in Gernsheim-Allmendfeld, wird noch von weiteren Interessenten um eine Genehmigung für solche Anlagen in Worfelden (Bachgrund) und Trebur gerungen. Zusätzlich wurde dieser Tage in Leeheim der erste Spatenstich für eine 18-Loch-Anlage getätigt. Drei von den fabrikneuen Spaten waren in SPD-Hand. Damit ihre Schuhe vom schweren Lehmboden des Rieds nicht schmutzig wurden, standen auf einer Pferdedecke, aufgereiht neben dem Investor, der so nebenbei mal 6 Millionen locker machen will, der Landtagsabgeordnete Jürgen May, der Riedstädter Bürgermeister Gerald Kummer und die SPD Fraktionschefin Rita Schmiele.

Der Bürgermeister verspricht sich von der am Hofgut Hayna vorgesehenen Anlage eine Aufwertung von Riedstadt. Jürgen May sprach „aus ökologischer Sicht“ von einem „geradezu idealem Standort“. Von wegen ökologisch. Jeder Gartenbesitzer weiß, wie viele mal er seinen Rasen im Jahr düngen und wie oft er wässern muß, wenn dieser satt grün wie ein Golfplatz sein soll. Ökologisch ideal ist es wohl auch, wenn die Golfer (es handelt sich um einen Darmstädter Verein mit jetzt schon 370 Mitgliedern) mit ihren Autos in das zum Klubhaus umgebauten Hofgut fahren.

Über Wege mitten in der Gemarkung, auf denen zur Zeit höchstens einmal ein paar Radfahrer oder ein Traktor fahren. Ökologisch wertvoll ist es sicherlich auch, wenn mitten in der Gemarkung, wo seit Jahrhunderten so weit das Auge reicht Zuckerrüben oder andere Feldfrüchte angebaut wurden, nun ein Restaurant mit Mitglieder-Lounge und einem Golf-Shop zugelassen werden. Aufwertung für Riedstadt? Da gibt es Leute, auch Sozialdemokraten, die meinen, Golfsport sei quasi schon Volkssport. Aber ist es nicht so, daß hier leichtfertig große Flächen für wenige, die das Geld haben, zur Verfügung gestellt werden und andererseits die vielen Sport- und Kulturvereine, die tausende Jugendliche „von der Straße abhalten“, sich finanziell gerade über Wasser halten können. Auch die SPD will „schrödernd“ (auch in den Kreisen mit Spitzenverdiensten) um Wählergunst buhlen. Ob sie sich da nicht täuscht? Diejenigen, die sich mehrere tausend Mark Mitgliedsbeiträge und Aufnahmegebühren inklusive der teuren Golf-Ausrüstung, mit dem notwendigen Outfit leisten können, wollen keine andere Politik.

Das muß sich die SPD wohl überlegen, auch wenn sie, wie in unserer Stadt vorgesehen, die Zuschüsse für die Vereine kürzen will aber die Vereinsvorstände die Mitgliedsbeiträge nicht erhöhen können, da sonst mit Austritten finanziell Schwächerer zu rechnen ist.

Heinz Hechler

## Kinder und alte Menschen sind die Hauptleidtragenden der unmenschlichen Blockade gegen Kuba . . .

. . . deshalb wurde die diesjährige 8. US-Freundschaftskarawane der „Pastors for Peace“ ihnen gewidmet. Die „Herausforderung eines unmoralischen Gesetzes“ nennen die Pastoren für den Frieden ihre Karawanen, mit denen sie in den letzten Jahren tausende Tonnen Hilfsgüter nach Kuba gebracht haben. Da es für US-Amerikaner bei Androhung einer 10jährigen Gefängnisstrafe verboten ist, nach Kuba zu reisen, wurden sie meist an der Grenze zu Mexico aufgehalten. Bei der letzten Karawane wurden die Spenden für das kubanische Gesundheitswesen von einem „Überfallkommando“ (FBI, Kampfhubschrauber, Wasserwerfer, etc.) beschlagnahmt und erst nach einem 80tägigen Hungerstreik der Pastors vor dem Weißen Haus in Washington freigegeben. In diesem Jahr nimmt erstmals eine Delegation aus 14 europäischen Ländern an der Karawane teil, unter ihnen 5 deutsche Teilnehmer/innen. Am 4. Juli wurde sie am Frankfurter Opernplatz verabschiedet, am 23. Juli soll die Karawane in Kuba empfangen werden, wenn denn alles gut geht . . .

(Infos: Barbara Muñoz, Querstr. 15, Mörfelden, Tel./Fax: 923870)

# Stadtgeschichten



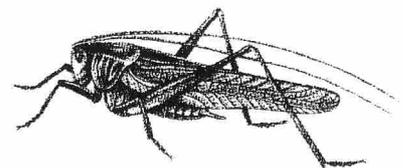
Obwohl die erste dampfgetriebene Dreschmaschine in Walldorf bereits im Jahre 1905 von Wilhelm Cezanne und Konrad Vinson angeschafft wurde, drosch die Familie Tron in der Langstraße 16 im Jahre 1932 noch einmal von Hand. Ob sie diese schwere Arbeit aus finanziellen Gründen oder gar ganz einfach aus Spaß auf sich nahm, kann heute nicht mehr nachvollzogen werden. Sie beherrschten das Handwerk jedoch noch einwandfrei. Zuerst wurden die auf dem Acker mit der Sense gemähten und getrockneten Roggenbündel (Bosen) auf den Scheunenboden gelegt und mit Dreschflegeln bearbeitet (geschlagen). Der Tennenboden durfte nicht aus Beton oder Stein sondern mußte aus Lehm bestehen, damit die Körner nicht beschädigt wurden. Alsdann wurde das Stroh weggeräumt und die Körner in der sogenannten Windmühle (Bildmitte) von der Spreu getrennt.



Unser Bild zeigt die Familie Tron mit Beinamen „Die Maurers“, da einer der Vorfahren wegen seines Berufs „Maurerswilhelm“ genannt wurde. In Walldorf wie auch in anderen Gemeinden war und ist es noch üblich, Beinamen zu verwenden, um Verwechslungen unter Familien gleichen Namens zu vermeiden. Von links sehen wir: Katharina Tron, ihren Mann August Tron, die Söhne Alois, Heinrich, August und Jakob mit den Kindern und Enkelkindern Katharina, Willi und Fritz.

**blickpunkt**  
**Sommerfest**  
**22. August 1998**

## Unser Lexikon



**Hajhibber**  
Heuschrecke